

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

26. Oktober – 31. Oktober 2024

**Staatspräsident Emmanuel Macron verspricht Marokko eine strategische Partnerschaft.** Auf Besuch im Königreich sprach sich der französische Präsident am Dienstag, den 29. Oktober, vor dem marokkanischen Parlament für die intensivste Partnerschaft Frankreichs mit einem Land außerhalb der Europäischen Union aus. Ziel ist es, die Partnerschaft beim Staatsbesuch des marokkanischen Königs im Jahr 2025 in Paris zu unterzeichnen. Während des Besuchs wurde eine Vielzahl von Verträgen im Wert von €10 Milliarden unterzeichnet, die den Grundstein für eine vielfältige Zusammenarbeit in den Bereichen Energiewende, Infrastruktur und digitale Bildung legen sollen.

**Frankreich schiebt 41 illegale Einwanderer in einem Sammelflug nach Albanien ab.** Dies ist der dritte Sammelflug, der illegale Einwanderer abschiebt, seitdem der neue Innenminister Bruno Retailleau von *Les Républicains* angekündigt hat, härter durchzugreifen zu wollen. Die ersten beiden Abschiebungsflüge gingen nach Georgien und in die Demokratische Republik Kongo.

**Die französische Regierung möchte die Bedingungen für die krankheitsbedingte Entschädigung von Beamten überarbeiten.** Die Regierung, die sich in der Hochphase der Haushaltsdebatte befindet, möchte dadurch Einsparungen erzielen. Die Gewerkschaft der Stadtpolizisten kündigte am 30. Oktober an, ab dem 15. November in einen unbefristeten Streik zu gehen. Konkret will die Regierung die Karenzzeit bei Krankschreibungen von derzeit einem auf drei Tage erhöhen, so dass die Entschädigung erst am vierten Tag beginnen würde. Zudem soll das Gehalt von 100 % auf 90 % gesenkt werden.

**Der auf Wunsch von Emmanuel Macron 2019 eingeführte „Allgemeine Nationaldienst (SNU Service national universel)“ wird aus dem Haushalt gestrichen.** Dafür stimmten sowohl im Parlament als auch im Senat die jeweiligen Finanzausschüsse. Die Abgeordneten äußerten sich kritisch über die von Emmanuel Macron angestrebte Idee den „Allgemeinen Nationaldienst“ dauerhaft einzuführen. Sie möchten diesen Haushaltsposten wieder streichen. Im September hatte der Rechnungshof die Kosten für diese Maßnahme auf € 3,5 – € 5 Milliarden pro Jahr geschätzt. Damit ist das Vorhaben des Präsidenten, den SNU bis 2026 zu etablieren, gescheitert. Ursprünglich sah der SNU für Bürger zwischen 16 und 25 Jahren vor, eine „Aufgabe von allgemeinem Interesse“ und einen „Kohäsionsaufenthalt“ mit sportlichen, kulturellen und intellektuellen Aktivitäten durchzuführen.

**Die Pariser Stadtverwaltung hat am 31. Oktober einen Erlass veröffentlicht, der ab Montag, den 4. November, eine verkehrsberuhigte Zone im Zentrum der Hauptstadt einführt.** Die Maßnahme reiht sich in die Bemühungen der sozialistischen Bürgermeisterin Anne Hidalgo mit ein, den Straßenverkehr auf den Hauptverkehrsachsen im Zentrum der Hauptstadt um 7% – 30% zu reduzieren, um den öffentlichen Verkehr zu fördern und die Umweltverschmutzung und den Lärm zu senken. Dies betrifft die ersten vier Arrondissements und damit eine Fläche von circa 5,5 km<sup>2</sup>. Nur noch Rettungsfahrzeuge, Busse, Taxis und Personen mit eingeschränkter Mobilität und Anwohner dürfen zirkulieren.



## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Frage nach dem Parteivorsitz der Macron-Partei *Renaissance* ist geklärt. Der ehemalige Premierminister und aktuelle Fraktionsvorsitzende Gabriel Attal wird das Amt im Dezember antreten. Attal gab seine Kandidatur am 29. Oktober in einem Brief an die Mitglieder bekannt, nachdem eine Vereinbarung mit der ebenfalls ehemaligen Premierministerin und bisherigen Kandidatin auf den Parteivorsitz, Elisabeth Borne, getroffen wurde. Deren Chancen, den bei den Anhängern der Partei beliebten Attal zu schlagen, wurden als zu gering eingeschätzt. Borne selbst wird im Gegenzug Vorsitzende des Nationalrats von *Renaissance* – eine Art Parlament der Partei.

## DIE ZAHL DER WOCHE

79 631

So viele Gefangene waren Stand 1. Oktober 2024 in französischen Gefängnissen. Seit einem Jahr kamen 5 300 Personen hinzu was die chronische Überbelegung in den französischen JVA's verschlimmerte. Laut Zahlen des Innenministeriums bedeutet das konkret, dass 3 810 Häftlinge mit einer Matratze auf dem Boden schlafen müssen. Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems, wie das Verbot von Gefängnisstrafen von weniger als einem Monat, die Anpassung von Strafen oder die Entwicklung von gemeinnütziger Arbeit, haben sich bisher als unzureichend erwiesen.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1	6	2	1